Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11065

17. 06. 98

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksachen 13/10977, 13/11012 –

Deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien über den 19. Juni 1998 hinaus (SFOR-Folgeoperation)

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag würdigt die Rolle der Bundeswehr, die während der Ost-West-Konfrontation einen entscheidenden Beitrag für die Erhaltung von Frieden und Freiheit in Europa geleistet und wesentlich zur Westintegration Deutschlands beigetragen hat.

2. Der Deutsche Bundestag würdigt die bisherige Rolle unserer Bundeswehr bei friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsätzen, u. a. im früheren Jugoslawien. Er dankt den Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr für ihr beherztes Engagement zur Wahrung des Friedens, zum Schutz der Menschenrechte und für die geleistete Hilfe für Menschen in Not.

3. Der Deutsche Bundestag spricht der Bundeswehr als den Streitkräften unseres demokratischen Rechtsstaates ihr uneingeschränktes Vertrauen aus. Die Bundeswehr steht für die auf Kooperation und Integration gerichtete deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Sie fördert den Zusammenhalt unter den NATO-Partnerstaaten, spielt eine aktive Rolle bei der Annäherung beitrittswilliger Staaten und unterstützt durch eine intensive Zusammenarbeit die Versöhnung zwischen den Völkern.

4. Der Deutsche Bundestag verurteilt die diskriminierenden und beleidigenden Äußerungen, die Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS im Zusammenhang mit dem feierlichen Gelöbnis von Soldaten der Bundeswehr am 10. Juni 1998 in Berlin gemacht haben. Er distanziert sich in aller Entschiedenheit von diesen Äußerungen.

5. Gelöbnisse in der Öffentlichkeit sind selbstverständlich und notwendig. Sie sind Ausdruck der Integration von Bundeswehr und Gesellschaft und der Anerkennung für unsere Soldaten,

insbesondere für die Wehrpflichtigen, denen wir abverlangen, ihren Auftrag notfalls unter Inkaufnahme von Gefahren für Leib und Leben zu erfüllen. Das Gelöbnis ist kein verstaubtes militaristisches Relikt einer vergangenen Zeit, sondern Teil unserer demokratischen Kultur.

Bonn, den 16. Juni 1998

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Begründung

Die Bundeswehr hat z. Z. der Ost-West-Konfrontation an der Seite unserer Verbündeten in der transatlantischen Allianz wesentlich zum Erhalt von Frieden und Freiheit beigetragen. Seit Beginn der 90er Jahre beteiligt sie sich als Mitglied der internationalen Gemeinschaft an friedenserhaltenden Einsätzen im Ausland. In Somalia, Kambodscha, im Irak und im früheren Jugoslawien hat sie ihre Verläßlichkeit wiederholt unter Beweis gestellt. Die Bundeswehr hat sich international hohes Ansehen erworben. Der deutsche Beitrag im Rahmen der SFOR-Mission in Bosnien-Herzegowina unter Führung der NATO erfährt in unserer Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Die Bundeswehr ist nicht zuletzt aufgrund ihrer auf Kooperation und Integration ausgerichteten Politik ein Garant für Sicherheit und Stabilität in Europa und ein verläßlicher Partner.

Treue zum Staat und die Bereitschaft zur Verteidigung von Recht und Freiheit sind Werte, für die es lohnt, öffentlich einzustehen. Es besteht kein Zweifel, daß feierliche öffentliche Gelöbnisse zur demokratischen Kultur unseres Landes gehören. Die Bundeswehr verdient es nicht, insbesondere von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, mißbraucht zu werden. Es ist doppelzüngig, wenn einzelne Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – wie der Fraktionssprecher Joseph Fischer – mit staatstragendem Gehabe den Einsatz der Bundeswehr im Ausland zur Sicherung des Friedens fordern, gleichzeitig aber der Bundesvorstandssprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Jürgen Trittin, ebenso wie der Vorsitzende der Gruppe der PDS, Dr. Gregor Gysi, die Bundeswehr öffentlich verunglimpft.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333